

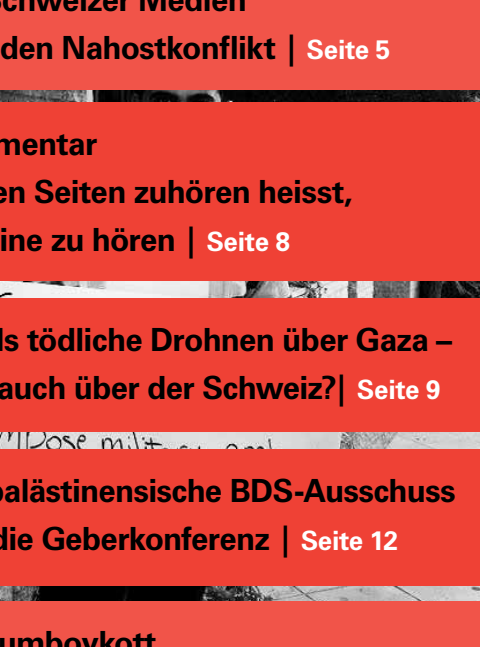


# PALÄSTINA-INFO

ZEITUNG DER PALÄSTINA-SOLIDARITÄT REGION BASEL



**Schlaflos in Gaza**  
**Auswirkungen der Drohnen auf das Leben im Gazastreifen | Seite 3**



**Zur Berichterstattung der Schweizer Medien über den Nahostkonflikt | Seite 5**

**Kommentar**  
**Beiden Seiten zuhören heisst, nur eine zu hören | Seite 8**

**Israels tödliche Drohnen über Gaza – bald auch über der Schweiz? | Seite 9**

**Der palästinensische BDS-Ausschuss und die Geberkonferenz | Seite 12**

**Konsumboykott**  
**Halbherzige Schritte, Ausflüchte und erste Erfolge | Seite 13**



# Liebe Leserinnen und Leser

Eine beunruhigende Nachricht jagt die andere, wenn man die Entwicklungen in Israel und den besetzten Gebieten über soziale Netzwerke verfolgt. Immer wieder gelingt es der internationalen Solidaritätsbewegung aber auch, mit mutigen und einfallsreichen Aktionen auf die Grundrechte der PalästinenserInnen aufmerksam zu machen, die im Lärm der Kriegsberichterstattung als Erstes untergehen. Die vorliegende Ausgabe des Palästina-Infos versucht, den Bogen zu spannen zwischen der Situation im Gazastreifen nach den verheerenden Angriffen von diesem Sommer, der impliziten Duldung und Unterstützung der israelischen Kriegspolitik durch die offizielle Schweiz und die Schweizer Wirtschaft sowie den Handlungsmöglichkeiten, die sich einer kritischen Öffentlichkeit bieten.

Die Bilder stammen mehrheitlich aus dem Gazastreifen. AktivistInnen vor Ort richten einen dringenden Appell an die Schweizer Öffentlichkeit und Politik, Israel nicht mit dem Kauf von Drohnen für seine militärischen Aggressionen zu belohnen. Weitere dieser Bildbotschaften sowie fotografische Zeugnisse der Zerstörung im Gazastreifen finden sich auf der BDS-Website, auf Facebook [www.facebook.com/BDS.Schweiz](http://www.facebook.com/BDS.Schweiz) und Twitter #BDS #StopArmingIsrael #Gaza.

Nach dem Krieg ist vor dem Krieg, lautet ein bekannter Spruch, und für die Bevölkerung im Gazastreifen ist zu befürchten, dass weitere Kriege folgen werden. Für die israelische Rüstungsindustrie sind sie ein lukratives Geschäft. Eine wichtige Aufgabe der Solidaritätsbewegung ist daher, auf längerfristige Änderungen und die Durchsetzung der Grundrechte des palästinensischen Volks hinzuwirken. Der überzeugendste Ansatz dazu ist gegenwärtig die internationale BDS-Kampagne. Von besonderer Aktualität für die Schweiz ist dabei die Mobilisierung gegen den geplanten Kauf von Drohnen aus Israel. Die poli-

tischen Weichen werden im Frühjahr gestellt. Bis zur Einreichung der Petition Ende Februar kann noch gesammelt werden.

*Wir wünschen eine anregende Lektüre!*



Download von Poster und Petitionsbögen  
[www.bds-info.ch](http://www.bds-info.ch)

Online unterschreiben: [www.change.org/pl/nein-zum-kauf-von-drohnen-aus-israel](http://www.change.org/pl/nein-zum-kauf-von-drohnen-aus-israel)

## Buchtipp

### Shir Hever, Die politische Ökonomie der Besatzung

Die israelische Besatzung der palästinensischen Territorien hat viele wichtige wirtschaftliche Aspekte, über die oft hinweggesehen wird. In seinem originellen Buch zeigt Shir Hever, dass ein Verständnis der wirtschaftlichen Dimensionen der Besatzung entscheidend ist, um den israelisch-palästinensischen Konflikt zu begreifen. „Shir Hever hat sich zu einem der scharfsinnigsten Analytiker der israelischen kritischen Linken entwickelt. Als ernsthaft engagierter Intellektueller überwindet er die Kluft zwischen Akademikern und Aktivist:innen.“ (Jeff Halper, ICAHD)

► Neuer ISP-Verlag, € 19.80



## Keine Produkte vom Toten Meer

In Apotheken und Drogerien werden Kosmetikprodukte vom Toten Meer der Firmen Ahava und Dermasel angeboten. Das Tote Meer zeichnet sich durch einen hohen Reichtum an Mineralien aus, an deren Verwertung die Palästinenser aber gehindert werden. Auch im Bezug auf Wasser werden sie massiv diskriminiert. Ahava hat seinen Sitz zudem in einer illegalen Siedlung in den besetzten Gebieten. In einem Schreiben an Apotheken informiert BDS über diese völkerrechtswidrige Situation.

Helfen Sie mit. Sprechen Sie Ihre Apotheke oder Drogerie darauf an.

► Der farbige Ahava-Flyer (1 Fr./Stk.) kann bei uns bezogen werden: PASO, PF 4070, 4002 Basel

## Viktoria Waltz, Von Basel nach Jerusalem. Ein Crash-Kurs

Die Geschichte Palästinas, in aller Kürze und trotzdem umfassend präsentiert. Viktoria Waltz beobachtet die Enteignung der palästinensischen Bevölkerung und die Kolonisierung des Landes aus der Perspektive der Raumplanung. Das Buch ist ein „Reiseführer in das zionistische ‚Expropriationswerk‘, das zum totalen Verschwinden Palästinas führen kann.“ (Ludwig Watzal)

► Theorie und Praxis Verlag, € 19.00



## Palästinensisches Olivenöl

ganzjährig zu beziehen für 21 Fr. (0,75 l)

Bezug ► [www.sumoud.ch](http://www.sumoud.ch)

# Schlaflos in Gaza

## Auswirkungen der Drohnen auf das Leben im Gazastreifen

*Agnes Küng*

**„Das Summen der kreisenden Drohnen gemahnt am nachdrücklichsten an Israels ständige Wachsamkeit und seine uneingeschränkte Macht, in jedem Augenblick zuzuschlagen.“**

*Scott Wilson, Washington Post*



Als am 17. Juli 2014 die von einer israelischen Drohne abgeschossene Rakete ihr Ziel erreichte, war die neun Jahre alte Afnane gerade dabei, auf dem Dach des Hauses ihrer Familie im südlichen Gazastreifen die Tauben zu füttern. Afnane Shuhibar war auf der Stelle tot, wie auch zwei ihrer Cousins, der achtjährige Wassim und der elfjährige Jihad. Zwei weitere Kinder derselben Familie wurden verletzt. Dies berichtet die im Gazastreifen domizillierte Menschenrechtsgruppe Al-Mezan Centre for Human Rights, die auch vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten unterstützt wird.

Die seit 2006 andauernde Blockade des Gazastreifens durch Israel hat dessen Bewohner in eine humanitäre Katastrophe gestürzt, ohne dass ein Ende in Sicht ist. Die 1,8 Millionen Menschen sind dem ständigen Schrecken in besonderem Masse ausgesetzt, da der Küstenstreifen,

dessen Fläche nur etwa zweimal jener Liechtensteins entspricht, zu den am dichtesten besiedelten Gebieten der Welt zählt. Für die Zivilbevölkerung gibt es keinen sicheren Ort, wo sie sich hinflüchten kann. Dies ist weltweit ohne Beispiel.

Die diesjährige, 51 Tage dauernde Militäroperation Israels im Gazastreifen hat über 2100 Tote, davon rund 80 Prozent Zivilisten und ein Viertel Kinder, sowie über 11 000 Schwerverletzte gefordert. Was die Statistiken über die Zahl der Opfer und das Ausmass der Zerstörungen nicht berücksichtigen, sind die verheerenden Auswirkungen der ständigen Bedrohung auf die mentale, soziale und wirtschaftliche Verfassung der Menschen.

### **Psychologische Folter**

Drohnen sind ein deutliches Zeichen dieser Bedrohung. Sie stellen nicht nur während der alle paar Jahre wiederkehrenden israelischen Attacken

eine reale Gefahr dar, sondern gehören zum Alltag. Ihr Anblick am Himmel und das Geräusch, das sie verursachen, verfolgen die Menschen Tag und Nacht. Es kreisen inzwischen so viele Drohnen ununterbrochen in der Luft, dass die Geräusche zur Qual werden. Ahmed Tawahina, Psychologe in einer Klinik des Gaza Community Mental Health Program, beschreibt das permanente Geräusch der Drohnen als „Form von psychologischer Folter, die die Ressourcen der Menschen mental und emotional erschöpft. Bei Schulkindern kann dies an der mangelhaften Konzentration und dem unruhigen Verhalten festgestellt werden.“

Aber nicht nur der Anblick und die Geräusche der Drohnen sind bedrohlich. Allen ist bewusst, dass sie es sind, die die nächsten Angriffsziele für die Raketen aussuchen. Es herrscht somit ein Gefühl von ständiger Angst, Unsicherheit, Hilflosigkeit und Verwundbarkeit. Der vor einem Jahr verstorbene Psychiater Eyad Sarraj vom Gaza Community Mental Health Program sagte dazu: „Wegen der ständigen Präsenz der Drohnen steckt im Hinterkopf jeder einzelnen Person im Gazastreifen immer die Furcht, dass etwas Schreckliches geschehen wird. Die Drohnen sind Teil dieser Geschichte. Sie sind Teil der Konditionierung. Jedes Mal, wenn wir sie hören, kehren wir in Gedanken zurück zu den Erfahrungen von Gewalt und Tod.“

Zusammen mit den traumatisierenden Kriegserfahrungen verursachen diese von den Drohnen ausgelösten Gefühle des permanenten Überwachtseins und des ungeschützten Ausgeliefertseins, verbunden mit der ständigen Angst, von einer Drohne getötet zu werden, tiefe Wunden, insbesondere bei Kindern. Neben Angstzuständen und Depressionen sind weitere Symptome wie Appetitlosigkeit, Bettnässen, Schlafstörungen, Nervosität, Hyperaktivität und Konzentrationsschwäche weit verbreitet. Die Kinder werden früh mit dem Ernst des Lebens und der Möglichkeit des Todes konfrontiert. Sie erleben die Schutzlosigkeit ihrer Eltern,



den Verlust der Autorität ihrer Väter als Ernährer der Familie und als Leitfiguren, den Tod von Familienangehörigen sowie die zunehmende gesellschaftliche Verrohung innerhalb und ausserhalb der Familie.

Die Drohnen in Gazas Luftraum stören zudem den Empfang von Fernseh- und Radiosendungen und verunmöglichen die Kommunikation mit Mobiltelefonen. In Zeiten von akuter Gefahr, wenn das Bedürfnis gross ist, Informationen zu erhalten und in Kontakt mit seinen Nächsten zu stehen, ist dies für die Menschen verheerend. Neben den Drohnen sind auch F-16-Kampffjets im Einsatz, die häufig in geringer Höhe das Gebiet mit Überschallgeschwindigkeit überfliegen und so die Fensterscheiben zum Bersten bringen. All dies bedeutet ein Leben im permanenten Ausnahmezustand. Je nach Situation ist es nicht möglich, regelmässig einer Arbeit nachzugehen, soziale Kontakte zu pflegen oder eine Privatsphäre zu wahren.

### **Wirtschaft zerstört – Arbeitsplätze verloren**

Der Einsatz von Drohnen erleichtert die israelischen Offensiven im Gazastreifen. Diese verursachen nicht nur menschliches Leid an Körper und Psyche, sondern fügen auch der Wirtschaft beträchtlichen Schaden zu. Und dies, nachdem seit 2006 die israelische Blockade jegliches Wirtschaftswachstum verunmöglicht. Viele Fabriken, das Hauptkraftwerk, Abwasserpumpstationen, Landwirt-

schaftsflächen, das modernste Spital u.a. wurden bei der diesjährigen Attacke erstmals oder zum wiederholten Male dem Erdboden gleichgemacht. Dabei gingen auch mindestens 30 000 Arbeitsplätze verloren.

Laut Weltbank sind inzwischen 55% der Arbeiter und Angestellten arbeitslos. Ein Viertel der Bevölkerung lebt in absoluter Armut. Über eine Million Menschen erhalten von der UNO Essensrationen. Gemäss einem UNO-Bericht lebten Ende September 2014 immer noch 100 000 intern Vertriebene in provisorischen Unterkünften. Oft sind dies einzelne Räume, die bei der Bombardierung ganzer Wohnquartiere einigermassen erhalten geblieben sind. Elektrizität, Zugang zu Wasser, sanitäre Einrichtungen, Heizmöglichkeiten sind in solchen Verschlagen nicht zu finden, was angesichts des kurz bevorstehenden kalten und nassen Winters eine Zuspitzung des humanitären Desasters befürchten lässt.

Da helfen auch die 5,4 Milliarden Dollar, die an der Geberkonferenz in Kairo zum Wiederaufbau von Gaza versprochen wurden, nicht viel. Einerseits fliesst die Hälfte davon zur Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) im Westjordanland. Andererseits ist es weiterhin Israel, das die Bedingungen diktiert, die Einfuhren von Baumaterialien kontrolliert, den Wiederaufbau u.a. mit Drohnen überwacht, an den Bewilligungen verdient und gemeinsam mit der UNO und der PA bestimmt, wer am Wiederaufbau beteiligt ist. Solange Israel für seine

Kriegsverbrechen nicht zur Rechenschaft gezogen und die Blockade des Gazastreifens mit Duldung der internationalen Gemeinschaft aufrechterhalten wird, ändert sich nichts am fatalen Zyklus von Krieg, Wiederaufbauversuchen und erneuter Zerstörung. So ist zu befürchten, dass sich die Ankündigung des bis 2013 amtierenden israelischen Innenministers Eli Yishai bewahrheiten wird, der als Ziel der israelischen Attacken nannte, sie sollten den Gazastreifen ins Mittelalter zurückbomben. Auch die Warnung der UNO, der Gazastreifen werde bis 2020 wegen der durch die israelische Bombardierung verursachten Vergiftung der Böden durch Schwermetall und der Versalzung des Trinkwassers unbewohnbar sein, entspricht einer realistischen Prognose.

### **Leben ohne Hoffnung**

Die meisten Menschen im Gazastreifen haben inzwischen den letzten Funken Hoffnung verloren. Insbesondere die Jungen wollen nur noch raus aus diesem Gefängnis. Zu Tausenden verlassen diejenigen, denen es möglich ist, den Gazastreifen und riskieren die lebensgefährliche Flucht übers Mittelmeer, bei der bereits Hunderte ertrunken sind. Die Daheimgebliebenen versinken in Lethargie. So auch die Familie der drei getöteten Kinder im südlichen Gazastreifen. Sie ist immer noch schwer traumatisiert, auch den beiden überlebenden Kindern geht es schlecht. Der achtjährige Basil erlitt eine Armverletzung und ein Teil seiner Schädeldecke wurde weggerissen. Dem 16 Jahre alten Odai mussten Granatsplitter aus beiden Beinen operiert werden. Er sitzt im Rollstuhl und ist verstummt.

Niemand von ihnen versteht, weshalb Israel ihr Haus beschossen hat, in dem weder politisch aktive Personen lebten noch Waffen gelagert wurden. Und niemand von ihnen würde verstehen, weshalb die Schweiz beabsichtigt, totbringende Hermes-Drohnen aus Israel zu kaufen.

*Dr. Atef Abu Saif, „Sleepless in Gaza – Israeli Drone War on the Gaza Strip“, 2014, Studie und Video-Präsentation <http://www.rosalux.de/publication/40327/sleepless-in-gaza.html>*



# Zur Berichterstattung der Schweizer Medien über den Nahostkonflikt

Hanspeter Gysin

**Wer sich vertieft mit der Berichterstattung der massgeblichen Medien zum Nahostkonflikt befasst, stösst auf eine Unzahl wiederkehrender Stereotypen. Sie vermitteln eine Vorstellung davon, was gemeint sein könnte, wenn der Islamwissenschaftler Reinhard Schulze eine „tendenziell eher proisraelische“ Berichterstattung (NZZ, 8.8.14) der Schweizer Medien konstatiert.**



In der Frage der Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die Medien muss man im Auge behalten, dass nicht eine einzelne Äusserung massgeblich ist, sondern die stetige Wiederholung von Grundmustern, die Verwendung von Ausdrücken oder Bildern, die Nebenbedeutungen, sogenannte Konnotationen, enthalten. Wird eine Konfliktpartei stetig als Angreifer, die andere als Verteidiger benannt, liegt nahe, dass das Mitgefühl der LeserInnen dem Verteidigenden zuneigt und diesem mehr Glaubwürdigkeit zugesteht. Eine „Geiselnahme“ ruft Empörung hervor, eine „Verhaftung“ erscheint als eine normale Handlung der Sicherheitsdienste. Den Konfliktparteien werden unterschiedliche Grund-

eigenschaften, Motivationen und Handlungsmuster zugeordnet. Die einen werden als uns ähnlich, die anderen als fremd dargestellt, die einen als fanatisch, die anderen als besorgt, die einen wollen töten, die andern überleben etc.

Zwei Positionen prägen die uns erreichenden Nachrichten. Eine präsentiert sich als offen und einseitig prozionistisch (z.B. Weltwoche, Basler Zeitung), die andere als umgewogene Neutralität zwischen den Konfliktparteien bemüht (z.B. BZ-Gruppe, Tagesanzeiger). Eine betont propalästinensische Haltung kommt nirgends vor.

Was die KonsumentInnen dieser Medien erfahren ist: Im Nahostkonflikt kämpft eine reguläre israelische

Armee gegen Terroristen, die pauschal unter der Bezeichnung „radikalislamische Hamas“ zusammengefasst werden. In diesem Bild schießt „die Hamas“ Raketen auf Israel und Israels Armee schlägt zum Schutz seiner Zivilbevölkerung zurück. Das wiederkehrende Stereotyp lautet: Israel bangt um seine Existenz und ist zur „Selbstverteidigung“ gezwungen, während die Hamas eine brutale, menschenverachtende Terrororganisation ist, die die Bevölkerung Gazas zudem feige als „Schutzschild“ missbraucht. Dies ist das grossmehrheitlich verbreitete Grundmuster der Medieninformation.

## Die Freunde Israels

Die Frage der offenen Prozionisten lautet: „Was würden Sie tun, wenn Ihr Land von einem ‚Raketenhagel‘ eingedeckt würde?“ Sie fragen nie: „Was würden Sie tun, wenn seit Jahrzehnten immer wieder bewaffnete Truppen auftauchen, um Sie aus Ihren Häusern und von Ihrem Land zu vertreiben?“ Die dem Konflikt zugrundeliegende Vorgeschichte und Realität klammern sie gezielt aus.

Sie assoziieren PalästinenserInnen automatisch mit Terroristen (negativ) – die israelische Armee als beschützende Macht (positiv); die PalästinenserInnen sind Täter (negativ), die Israelis Opfer (positiv).

Hinzu kommt ein verallgemeinernder Argwohn gegenüber allem, was islamisch ist, der vor allem von der politischen Rechten und rechtsradikalen Kreisen geschürt wird und in den Medien breite Berücksichtigung findet. Die PalästinenserInnen können sich, selbst wenn manche von ihnen christlich sind, diesem Etikett nicht entziehen. Das bis zum Überdruß bei Nennung der Hamas hinzugefügte Prädikat „radikalislamisch“ hat wohl nicht den Zweck, den Lesenden eine ergänzende Information zu liefern.

Dem weit unterlegenen, eingekesselten, unter einer Wirtschaftsblockade lebenden Gegner im Gazastreifen wird die Schuld an den eigenen Toten unterstellt und nicht

denjenigen, die die tödlichen Bomben und Raketen abfeuern.

Auf dieser gedanklichen Grundlage basiert dann auch, dass unbezogen alle Informationen zum Geschehen einen entsprechenden Gut/Böse-Filter passieren. Aussagen der israelischen Armee werden unbezogen verbreitet, solche aus palästinensischen Quellen kritisch hinterfragt. Bemerkenswert ist ausserdem, dass Beweiserbringung in solcher Berichterstattung kaum eine Rolle spielt.

### Die „Neutralisten“

Diejenigen unter den Berichterstat-tern, die eine „neutrale“ Position beziehen und Wert auf „Ausgewogenheit“ legen, pflegen oft von zwei „Kriegsparteien“ zu sprechen, die beiderseits mit „Brutalität“ vorgehen und von „extremen politischen Positionen“ aus agieren.

Es mag Angst um den Jobverlust oder Naivität, vielleicht auch Überzeugung sein, weshalb diese Leute übergehen, dass die zwei Parteien

umzingelten Bevölkerung von 1,8 Millionen Menschen, denen es am Nötigsten fehlt, sind nun mal keine ebenbürtigen Kriegsgegner.

Diese Berichterstattung beschreibt zwar die Leiden der Bevölkerung des Gazastreifens, benennt die Zerstörungen der Infrastruktur und macht auf die Opferzahlen aufmerksam. Bilder von eingestürzten Bauten und von Verletzten werden gezeigt, doch das wird dann sogleich und ohne Berücksichtigung der Asymmetrie dem Leiden der anderen Seite gegenübergestellt. So wird ein Bild quasi schicksalhafter Gleichbetroffenheit gezeichnet und die anhaltende zionistische Aggression mit der verzweifelter Gegenwehr der Einkesselten, auch moralisch, auf dieselbe Stufe gestellt.

### Das Terrain

Der Berichterstattung gemeinsam ist, dass sie sich dem Einfluss der in den Jahrzehnten des palästinensischen Befreiungskampfes stetig kolportier-

in seinem Kommentar zu den Gaza-Demonstrationen: „Anhänger der terroristischen Hamas schreien auf unseren Plätzen ihre Schlachtrufe und bekennen sich offen zum Antisemitismus“ (9.8.2014). Dieser Vorwurf kann jeden treffen, der sich mit der palästinensischen Seite solidarisiert. Und er kann, wie alle Medienschaffenden wissen, zum Jobverlust führen.

Natürlich spielt dabei das Umfeld eine wesentliche Rolle. Die offizielle Schweiz behandelt Israel als eng befreundete Nation und die PalästinenserInnen in den besetzten, abgeriegelten Restgebieten Palästinas als Fremde, denen man gegebenenfalls aus humanitären Gründen etwas Überlebenshilfe zukommen lässt. Die Wirtschaft – allen voran Rüstungsbetriebe, aber auch Banken, Hightech-Firmen etc. – kooperiert mit Israel und behandelt das Land als einen völlig normalen Geschäftspartner. Das Militär kollaboriert offen und ohne jeden Skrupel mit seinem Pendant der israelischen Defense Forces (IDF) und der israelischen Rüstungsindustrie und profitiert von deren Erfahrungen in der Unterdrückung eines anderen Volkes.

### Recht und Unrecht

Bei all dieser Propagandagetöse lohnt sich die Beschäftigung mit den offensichtlichen Grundwidersprüchen, welche diese Berichterstattung prägen. Eine zentrale Frage ist, weshalb JournalistInnen fast selbstverständlich davon ausgehen, dass palästinensische Volk hätte kein Recht, sich gegen ethnische Säuberung, Landraub, willkürliche Gefangennahme, Folter, Häuserzerstörungen, Hungerblockaden etc. zur Wehr zu setzen. Überall auf der Welt wird das Recht auf Verteidigung als Selbstverständlichkeit angesehen (auch gestützt auf die Charta der UNO). Nicht so im Konflikt um Palästina. Da wird ein Recht auf bewaffnetes Eingreifen ausschliesslich dem zionistischen Staat zugestanden. Jede/r Chefredaktor, Berichterstat-terin, Kommentator, Nachrichtensprecherin usw. geht, ohne das ausdrücklich zu benennen oder gar zu hinterfragen, davon aus, dass Israel alle Waffen der Welt im-



von ihrem militärischen Potenzial und ihren Handlungsmöglichkeiten gesehen nicht unterschiedlicher sein könnten: Eine mit westlicher Unterstützung hochgerüstete Armee mit einer Armada an Waffen neuster Technologie und ungeahnter Feuerkraft gegen ein paar Tausend Kämpfer mit vergleichbar primitiver Ausrüstung, inmitten einer weitgehend wehrlosen, auf kleinstem Raum

ten Diskreditierung, Diffamierung und Dämonisierung des Widerstandes nicht entziehen kann. Das Misstrauen gegen „die Araber“ sitzt unerschütterlich in den Köpfen. Dazu kommt die stetige Drohung mit der von Israel-Lobbyisten weidlich geschwungenen Antisemitismuskeule, vehement vorgetragen beispielsweise vom Chefredaktor der Schaffhauser Nachrichten, Norbert Neiningen,

portieren darf und solche neuster Technologie gar kostenlos zur Verfügung gestellt bekommt. Deutschland liefert atomar bestückbare Unterseeboote, die USA Jagdbomber, Helikopter und ein ganzes Arsenal an Fernlenk Waffen, die Schweiz optische Komponenten für Israels Killerdrohnen etc., und kaum jemand stellt dies infrage.

Diese Haltung impliziert, dass der palästinensischen Seite auf keinen Fall Wehrmittel irgendwelcher Art zur Verfügung gestellt werden dürfen, auch nicht Defensivwaffen, die dem Schutz der Zivilbevölkerung dienen könnten. Ja nicht einmal den Bau von Zivilschutzeinrichtungen gesteht man ihr zu. Unisono wird ausserdem davon ausgegangen, dass ein allfälliger Palästinenserstaat „entwaffnet“ sein muss.

Vergleicht man die Haltung der Medien zu anderen Konflikten, fallen schwere Einseitigkeiten auf. Das militärische Eingreifen der Westmächte in Libyen, um nur ein Beispiel zu nennen, wurde rundum begrüsst, mit dem Argument, ein Massaker in der Stadt Benghazi zu verhindern zu müssen. Im Fall von Gaza, wo tatsächlich ein Massaker stattfand, waren solche Forderungen nicht zu hören. Nirgends war die Rede von einer Flugverbotszone über Gaza zum Schutz der Menschen vor Ort. Auch Russland wird heute mit markigen Worten zu Recht für die Nichteinhaltung völkerrechtlicher Bestimmungen im Ukraine-Konflikt kritisiert. Weshalb bleiben entsprechende Einwände gegenüber Israel angesichts der noch viel deutlicheren Völkerrechtsverletzungen aus?

Zu den manipulatorischen Kernwidersprüchlichkeiten gehört auch die unablässig wiederholte Forderung nach der Anerkennung des „Existenzrechts Israels“ durch die PalästinenserInnen. Doch Israel existiert faktisch und die palästinensische Seite hat dies auch schon wiederholt anerkannt. Israel verfügt über eine der stärksten Armeen der Welt, inklusive Atombombe, und seine Existenz wird von der Gesamtheit der westlichen Staaten garantiert. Was diese Anerkennung des „Existenzrechts“ vielmehr meint, ist die Zustimmung der palästinensischen Seite zum Unrechtszustand, den Israel geschaffen hat: der systematischen Diskriminierung der nicht jüdischen Bevölkerung und einem Besatzungsregime, das die PalästinenserInnen enteignet, unterdrückt und mit tödlicher Gewalt konfrontiert.

## Pressestimmen

Eine Zusammenstellung von Medienzitaten im Verlaufe von Israels Operation Protective Edge“

– *Die Palästinenser des Gazastreifens unterhalten eine „Terror-Infrastruktur“ (u.a. 20 Minuten, 29.6.), ein System von „Terror-tunnels“ (u.a. BaZ, 22.7.) und „Raketenabschussrampen“ (u.a. TA, 19.7.), womit sie „5 Millionen Israelis in Angst und Schrecken versetzen“ (u.a. BaZ, 29.7.), sodass diese „in Bunkern Zuflucht suchen müssen“ (u.a. NZZ, 28.7.).*

– *Sie „visieren absichtlich die Zivilbevölkerung Israels an“ (u.a. TA, 9.7.) und „setzen diese einem Raketenhagel aus“ (Blick am Abend, 29.8.), ja „sie zielen gar auf den israelischen Atomreaktor von Dimona“ (u.a. 20 Minuten, 10.7.).*

– *Sie „verstecken sich hinter der Bevölkerung“ (u.a. Weltwoche 10.8.), „missbrauchen Frauen und Kinder als lebendige Schutzschilder“ (u.a. Berner Zeitung, 16.7.), „Menschenleben sind ihnen egal“ (u.a. Blick, 1.8.), „für deren Tod sind sie selber verantwortlich“, „weil der israelischen Armee im Kampf keine andere Wahl bleibt“ (u.a. NZZ, 21.7.).*

– *Sie „lagern Raketen in Schulhäusern“ (u.a. Blick, 20.7.) und haben eine „Kommandozentrale im Keller eines Spitals eingerichtet“ etc. (BaZ, 5.8.).*

– *„ Hamas bricht die Waffenruhe!“ und „Netanyahu verliert die Geduld“ (mehrere, 16.7.). „Die Hamas manipuliert Opferzahlen“ (BaZ, 5.8.) – dies völlig ungeachtet der Tatsache, dass diese Zahlen in der Regel entweder von Menschenrechtgruppierungen stammen, denen die Hamas eher feindlich gegenübersteht, oder von der UNO.*

– *Beiläufig wird „die palästinensische Medienpropaganda“ (mehrere, 16.7.) erwähnt, um zu suggerieren, die Hamas habe die Medien unter ihrer Kontrolle.*

– *Als publizistischer Höhepunkt heisst es, die Hamas plane einen „Megaterroranschlag“ (mehrere, 6.8.), indem Hunderte Kämpfer durch die „Terror-tunnels“ schleichen wollten, um ziellos Dörfer zu überfallen und israelische Menschen abzuschlachten.*

Bemerkenswert ist, dass keines der zitierten Medien es für nötig befand, klare Belege oder Quellen für all diese Meldungen anzuführen.

## Israelfeindlichkeit?

Die Mehrheit der Medien sei israelfeindlich, meint der Israel-Lobbyist Sacha Wigdorovits, ehemaliger Blick-Chefredaktor und Ehemann der früheren Direktorin des Schweizer Fernsehens Ingrid Delterne. Der antiisraelischen Berichterstattung müsse in aller Deutlichkeit mit starken Exponenten, die entsprechend ausgebildet werden sollen, begegnet werden. Kritische Journalisten seien zu konfrontieren, bei Bedarf müsse auf höchster Ebene interveniert werden etc. Vieles, was die Medien diesen Sommer im Zusammenhang mit der israelischen Militäroffensive gegen den Gazastreifen publiziert haben, erinnert an die Empfehlungen im Strategiepapier von Wigdorovits, dessen Lektüre wärmstens empfohlen werden kann (zu finden auf [www.infosperber.ch](http://www.infosperber.ch) unter dem Stichwort Wigdorovits). Liegt es daran, dass die Berichterstattung der Schweizer Medien zu Israel/Palästina ein Niveau angenommen haben, das der Mediensoziologe Kurt Imhof als geradezu „inhaltsleer“ bezeichnet? (NZZ, 8.8.14)

# Kommentar

## Beiden Seiten zuhören heisst, nur eine zu hören

Gabriel Ash



*In der Tat, Israelis wie PalästinenserInnen sind Menschen, mit allem, was dies an Ängsten, Verletzlichkeiten und Hoffnungen bedingt. Und als Menschen sind Israelis wie PalästinenserInnen gleichermassen sympathisch oder unsympathisch, das heisst sie sind vielfältig und verdienen gleichermassen menschliches Mitgefühl.*

*Wenn es aber darum geht, Gerechtigkeit zu befördern, ist die oft gehörte Aufforderung, „beiden Seiten zuzuhören“, unwirksam und kontraproduktiv. Denn in der realen Welt begegnen wir uns nicht als abstrakte „menschliche Wesen“. Jede/r von uns ist Mann oder Frau, hat weisse oder dunkle Haut, ist arm oder reich, gehört einer religiösen/ethnischen Mehrheit des Landes an, in der er/sie lebt, oder eben nicht, hat Bürgerrechte oder ist illegale/r Migrant/in (und alle Abstufungen dazwischen). Die gesellschaftlichen Strukturen sind verantwortlich dafür, dass die Stimmen der einen so sehr verstärkt werden, dass wir sie zwangsläufig dauernd hören, ja sie sogar in unsere Träume hineinspielen. Die Stimmen der anderen hingegen werden weniger gehört und sind manchmal fast gar nicht vernehmbar. Bisweilen bedarf es grösster Bemühungen, sie überhaupt wahrzunehmen, ganz zu schweigen davon, sie für andere hörbar zu machen. Die Gesellschaft*

*besteht aus Institutionen, die dazu bestimmt sind, gewisse Interessen zu stärken und ihnen zu dienen. Auf wessen Anliegen die institutionelle Aufmerksamkeit gerichtet ist, das ist eine Machtfrage.*

*Wir können ernsthaft bejahen, für uns sei jedes Menschenleben gleich viel Wert. Doch Werte sind nichts als Worte, solange sie nicht institutionell eingebettet sind, und es ist eine in nüchternen Zahlen messbare simple Tatsache, dass unsere Institutionen diese Einbettung nicht leisten. Türen öffnen sich für den israelischen General a.D., der in die Schweiz kommt, um hier Drohnen zu verkaufen und die Qualität seiner Ware anzupreisen, deren Effizienz sie in der letzten Operation beweisen konnte. Er hat viel anzubieten, der General a.D.: Geschäftsmöglichkeiten, Pressereisen, Jobs. Er kann das volle Gewicht internationaler Beziehungen und globaler Wirtschaftsstrukturen ausspielen, die sein Angebot nahezu selbstverständlich klingen lassen. Seine Drohnen funktionieren. Ihr Kauf bringt einen erkennbaren Vorteil. Sie machen den Staat sicherer und Kontrollen wirksamer. Sie stellen wertvolle Beziehungen her, fördern den technologischen Austausch und Arbeitsplätze und kurbeln das Wirtschaftswachstum an. Die Leben, die Drohnen möglicherweise retten, werden als rettenswert erachtet. Doch die Stimme des schreienden Vaters in Gaza, der die in Fetzen gehüllten Überreste seiner Tochter Noha Mesleh in den Armen hält, ist unhörbar. Es war schon fast ein glücklicher Zufall, dass ein Fotograf seine Trauer verewigte, und ein paar wenige haben diese vielleicht auf ihrer Facebook-Seite gesehen. Doch damit hat es sich, denn Noha war von Geburt an dafür ausersehen, nicht diese Art von Leben zu verkör-*

*pern, für deren Schutz die vorherrschenden politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Institutionen unserer Zeit konzipiert sind.*

*Die Gewalt, die dieses eine Kind tötete, vorgeblich im Namen des Schutzes eines anderen Kindes, ist nicht ein Ergebnis gegenseitigen Unverständnisses – einer extremen Meinungsdivergenz –, sondern sie ist das Resultat einer anderen Differenz, nämlich eines extremen Machtgefälles und des Bemühens derer, die die Macht haben, diese zu behalten. „Beiden Seiten zuhören“ ist daher keine Strategie, um die Gewalt zu beenden oder der Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen, es ist nur eine Konzession an jene, die bereits die volle institutionelle Macht geniessen.*

*Wenn jemand in der Öffentlichkeit attackiert wird, soll dann die Polizei eingreifen und den Angreifer stoppen? Oder soll sie statt dessen zuerst fordern, dass sowohl Opfer als auch Täter „ihre Geschichte erzählen“ und zu einem gegenseitigen Einverständnis kommen? Dialog und Austausch können den rechtlichen Rahmen nicht ersetzen. Im Gegenteil, die Teilhabe an einem Gespräch setzt voraus, dass man Grundrechte, einen gleichberechtigten Status genießt, der durchsetzbar sein muss, bevor das Gespräch beginnen kann.*

*Wenn wir also Gerechtigkeit und ein Ende der Gewalt wollen, müssen wir die Machtverhältnisse berücksichtigen und auf ihre Veränderung hinarbeiten. Dafür müssen wir alles dransetzen, die Institutionen dazu zu bringen, jenen zuzuhören, die sie so gern überhören. Wir müssen die Institutionen der Mächtigen dazu bringen, die Leben zu schützen und zu verteidigen, die sie normalerweise vernachlässigen. Daher gilt es zu allererst das Machtverhältnis zwischen Israelis und PalästinenserInnen zu beachten und dessen Überwindung zu fordern – angefangen bei der Anerkennung und Durchsetzung der fundamentalen Rechte der PalästinenserInnen.*

*Gabriel Ash ist Mitglied des International Jewish Anti-Zionist Network (IJAN) und BDS-Aktivist in Genf*



# Israels tödliche Drohnen über Gaza – bald auch über der Schweiz?

*Agnes Küng*

**„Israels Aufstieg zum Weltmarktführer in der Entwicklung und Produktion von Drohnen lässt sich auf drei Faktoren zurückführen: Wir haben unglaubliche Leute und Innovationen, wir verfügen über Kampferfahrung, die uns zu verstehen hilft, was wir brauchen; und wir stehen unmittelbar im operativen Einsatz, da wir uns stets in einem Konflikt befinden, der uns erlaubt, unsere Systeme zu perfektionieren.“**

(Ehemaliger israelischer Verteidigungsminister Ben Eliezer)



Im September 2000 begann Israel als erster Staat weltweit, die seit den 1950er-Jahren angewandte, aber verleugnete Strategie der „Liquidation“ und „präventiven gezielten Tötung“ offen zu rechtfertigen – ein weiterer Schritt in Richtung Aushebelung des geltenden Völkerrechts. Ein Jahr später gingen auch die USA unter George W. Bush zur Ermordung mutmasslicher Terroristen über. Grossbritannien und andere Staaten folgten. Viele dieser Operationen erfolgen mittels Drohnen. Christof Heyns, UNO-Sonderberichterstatter für aussergerichtliche Tötungen, sieht in den gezielten Tötungen eine zentrale Herausforderung für das seit dem Zweiten Weltkrieg entwickelte Völkerrechtssystem.

Im letzten Jahrzehnt ist der mi-

litärische Gebrauch von Drohnen weltweit drastisch angestiegen. Bis vor Kurzem produzierten und exportierten lediglich Israel, die USA und Grossbritannien Drohnen. Angesichts der Zuspitzung des „Kriegs gegen den Terror“ und zunehmender sozialer Unruhen versuchen viele Staaten, selbst Drohnen zu entwickeln. In über 76 Ländern benützt die Armee diese Geräte bereits. Die Ausgaben für die unbemannten Flugzeuge dürften bis 2021 weltweit auf 94 Milliarden US\$ steigen, momentan sind es 6,6 Milliarden US\$ jährlich.

Israel produziert und nutzt nicht nur seit den späten 1970er-Jahren Drohnen, sondern exportiert sie seit Mitte der 1980er-Jahre auch. Damit werden teure Kriege gegen die palästinensi-

sche Bevölkerung finanziert, andererseits wird die nationale Wirtschaft angekurbelt. Laut SIPRI stammten zwischen 2001 und 2011 41 Prozent der Drohnen weltweit aus Israel. Deren Export macht zurzeit zehn Prozent der israelischen Rüstungsexporte aus. Israel liefert an mindestens 51 Länder Drohnen und Drohrentechnologie. Zusätzlich eröffnen israelische Rüstungsfirmen vermehrt Filialen in Zielmärkten, um leichter an Aufträge und Joint Ventures zum Bau von Drohnen zu kommen. Auch Leasing der Fluggeräte ist ein Thema.

Mittels Drohnen lässt sich die Kontrolle der besetzten Gebiete billiger, effizienter und profitabler organisieren. Vermutete „terroristische Ziele“ können von Weitem beinahe unwahrnehmbar überwacht und „zielgenau“ eliminiert werden, ohne dass Piloten gefährdet sind. Kämpfe von Mann zu Mann werden vermieden. Einem Videospiel gleich, kann Hunderte von Kilometern vom Schlachtfeld entfernt in einem klimatisierten Büro vor einem Bildschirm bequem der Abschuss einer Rakete ausgelöst werden (sog. „convenient killing“). Den Preis für Israels boomende Drohnenexportindustrie bezahlt in erster Linie die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten, allen voran die Menschen im Gazastreifen.

## **Boomender Absatz – am Beispiel von Elbit Systems**

Die Firma Elbit Systems kann sich darauf verlassen, dass der Einsatz ihres Kriegsgeräts, darunter die Kampfdrohne Hermes 900, im grössten Versuchslabor der Welt, dem Gazastreifen, nach jeder Attacke einen enormen Boom an Bestellungen bewirkt. Nicht nur die israelische, auch viele ausländische Regierungen sind von der im Feld erprobten Perfektion und Zuverlässigkeit der militärischen Güter begeistert. So kaufte nach der Operation Pillar of Defence (Nov. 2012) die brasilianische Regierung eine ganze Flotte von Hermes-Drohnen, um die massiven Proteste gegen die übermässigen Kosten der Fussball-Weltmeisterschaft im Jahr 2014 überwachen zu können.



higkeit belastet.“ Ein weiterer Offizier sagt: „Nach Beendigung der Operation wird die Hermes 900 weiteren Flugtests unterzogen und weiter an ihrer operativen Eingliederung gearbeitet ... Es gibt immer noch einige wichtige Meilensteine, die zu erreichen sind.“ Wird die israelische „Dahiya-Doktrin“\* der asymmetrischen Kriegsführung in einem städtischen Umfeld, die zur Abschreckung bewusst auf Zivilisten und zivile Infrastrukturen zielt, um möglichst grosses Leid zu erzeugen, also bald eine Fortsetzung finden?

### Luxusdrohne für die Schweiz

Am 5. Juni 2014 gab das Verteidigungsdepartement (VBS) bekannt, für 250 Millionen Franken sechs Drohnen des Typs Hermes 900 von Elbit Systems beschaffen zu wollen. Obwohl diese Drohne an den massiven Zerstörungen im Gazastreifen beteiligt war, hält das VBS unbeirrt an der geplanten Beschaffung dieser Kampfdrohnen fest und belohnt so die fortgesetzten Völkerrechtsverletzungen Israels. Die Schweiz entscheidet sich auch gleich für eine Luxusdrohne, die zum teuersten gehört, was momentan auf dem Markt angeboten wird, wie Mary Dobbing, Autorin einer Studie über israelische Drohnen, an ihrer Vortragstournee in der Schweiz betont.

Dies bestärkt den Verdacht, dass die Schweizer Armee den Einsatz von Drohnen weiter ausbauen will. Diese sollen laut einem Bericht über die Weiterentwicklung der Armee (WEA) und dem zuständigen Bundesrat Ueli Maurer künftig vermehrt zur Unterstützung von Polizeikräften und anderen zivilen Behörden, u.a. bei der Überwachung von Grossveranstaltungen und Kundgebungen, eingesetzt werden. Damit befindet sich die Schweiz in „guter“

\* Benannt nach einem südlichen Vorort in Beirut, in dem Israel während des Libanon-Kriegs 2006 grosse Mehrfamilienhäuser dem Erdboden gleichgemacht hat. Israel wird beschuldigt, diese Strategie auch während der Militäroperationen 2008/09 und 2014 im Gazastreifen verfolgt zu haben. (Quelle: Wikipedia; siehe auch „IDF plans to use disproportionate force in next war“ Haaretz, 5.10.2008)

Der Wert der Aktien von Elbit Systems stieg nach dem Beginn der diesjährigen Militäroperation am 8. Juli 2014 innerhalb kurzer Zeit um über sechs Prozent. Das US-amerikanische Wirtschaftsmagazin Bloomberg Business Week schrieb dazu: „Ein Konflikt im Gazastreifen kann sich für die beteiligten Unternehmen als ein effizientes globales Marketing-Tool für ihre Produkte erweisen.“ Im September 2014 fand in Israel denn auch die erste Verkaufsausstellung mit Vorführung der neuesten Drohnenmodelle statt, im November folgte die nächste.

### Erprobte Kampfdrohne

Die aktuellste Version einer in hohem Mass autonomen Drohne, der Hermes 900, ist eine Weiterentwicklung der Hermes 450. Mit einem maximalen Startgewicht von 1,1 Tonnen und einer Nutzlast von rund 250 Kilogramm ist sie doppelt so gross wie das Vorgängermodell und kann über 40 Stunden auf einer Höhe von bis zu 9000 Metern in der Luft bleiben. Auf dem Datenblatt der Firma Elbit Systems ist für die als Aufklärungsdrohne bezeichnete Hermes 900 die stolze Überschrift zu lesen: „Scharfe Sinne – tödlicher Stich!“

Die diesjährige Attacke Israels auf den Gazastreifen bot Gelegenheit, dieses neue tödliche Gerät im Kampf zu erproben, obwohl sein operationel-

ler Einsatz erst für Ende 2015 geplant war. Während der 51-tägigen Offensive überwachte ein Drohnen-Geschwader einen Radius von zehn Kilometern, was mit hochauflösenden Kameras neuerdings auch bei schlechtem Wetter möglich ist, und beschoss mit ferngesteuerten Raketen diverse Ziele. Auch nach der am 26. August vereinbarten Waffenruhe kreisen weiterhin acht Drohnen über dem Gebiet und terrorisieren die Bevölkerung.

Obwohl die Werbung der Drohnen-Hersteller maximale Präzision verspricht, erreichen „nur“ etwa 50% der Geschosse ihr beabsichtigtes Ziel. Die Flugzeuge sind teilweise mit geächteten Raketen, z.B. den sogenannten DIME („dense inert metal explosives“), bestückt, die mit Schwermetallen wie Wolfram, Kobalt, Nickel, Eisen durchsetzt sind. Die Zerstörungen sind verheerend, die Opferzahlen erschreckend. Ziel der Angriffe waren auch dicht bevölkerte Wohnviertel, Fabriken, Werkstätten, Spitäler, Kläranlagen und das einzige Kraftwerk. Amnesty International spricht in einem Bericht von mutmasslichen Kriegsverbrechen und fordert deren Untersuchung.

Laut der israelischen Luftwaffe ziehen die Streitkräfte eine positive Bilanz des Einsatzes von Elbit-Drohnen. Brigadegeneral Riftin meint zur Hermes 900: „Es war phänomenal; wirklich begeistert ... Wir haben diese Systeme bis an den Rand ihrer Leistungsfä-

Gesellschaft. Weltweit findet ein massiver Ausbau der sogenannten Sicherheitsbranche statt, mit der nicht zuletzt soziale und politische Proteste in Zaum gehalten werden sollen.

### Lukrative Gegengeschäfte

Für den Fall eines Kaufs der Kampfdrohnen hat das VBS zudem Gegengeschäfte mit den israelischen Drohnenherstellern eingefädelt, an denen laut Medienberichten etwa 40 Schweizer Hightechfirmen beteiligt sind. Diese möchten einerseits vom Schweizer Drohnenprogramm im Umfang von Dutzenden von Millionen Franken profitieren. Andererseits unterstützen sie mit ihrem Know-how den Ausbau und die Perfektionierung der israelischen Kampfdrohnen. Für Israel ist es natürlich interessant, von Innovationen der Schweizer Spitzenforschung zu profitieren.

Beispiele der Schweizer Beteiligung sind das Genfer Unternehmen Creative Electronic Systems (CES), das in Zusammenarbeit mit der ETH Lausanne elektronische Komponenten für die Hermes 900 herstellen möchte, die in der Lage sind, detaillierte Videobilder der Drohne zu komprimieren und zu dekomprimieren. Oder die Firma Décision SA in Ecublens VD, die an der Konstruktion des Solar-Segelflugzeugs von Bertrand Piccard beteiligt war und plant, Elemente der Hülle aus ultraleichtem Kompositmaterial zu liefern. Die Firma Kudelski



wiederum verhandelt mit Elbit Systems über eine Kooperation bei der Verschlüsselungstechnik zwischen den Drohnen und der Bodenstation. Auch die Rheinmetall Air Defense in Zürich (ehemals Oerlikon Contraves), die Ammann Gruppe von Bundesrat Johann Schneider-Ammann sowie der dem Bund gehörende Rüstungsbetrieb RUAG sind gemäss Medien involviert.

Bewilligt dürften die Schweizer Exporte vermutlich nur werden, wenn sie als harmlose Komponenten und nicht als Beitrag zur Steigerung der Effizienz israelischer Waffensysteme uminterpretiert würden. Umso wichtiger wäre ein klares Votum des

Schweizer Parlaments, solche Komponenten als Kriegsmaterial einzustufen. Auf lange Sicht ist zudem ein Verbot von Drohnen anzustreben, deren Entwicklung sich mit grosser Geschwindigkeit in Richtung Automatisierung bewegt. Dabei werden die Befehle nicht mehr von Personen ausgeführt, sondern Geräte entscheiden anhand von Algorithmen und Verhaltensmustern angeblich verdächtigter Personen selbstständig, wer und was wann angegriffen wird.

Unsere Aufgabe als Zivilgesellschaft ist es, von der Schweizer Regierung und dem Parlament einzufordern, dass sie ihren Verpflichtungen im Rahmen des Internationalen Rechts und des humanitären Völkerrechts nachkommen. Anstatt Israels Völkerrechtsverletzungen durch Rüstungskäufe zu honorieren, soll sich die Schweiz für ein militärisches Embargo gegen Israel einsetzen. Bis nächstes Jahr besteht die Möglichkeit, die Öffentlichkeit und die Abgeordneten mit der Thematik des geplanten Drohnenkaufs zu konfrontieren.

### Quellen

*Amir Safadi*, „Killer Drones – UK Complicity in Israel’s crimes against the Palestinian People“, War on Want 2013

*Mary Dobbing*. Chris Cole, „Israel and the Drone Wars – Examining Israel’s production, use and proliferation of UAVs“, Drone Wars UK 2014



# Der palästinensische BDS-Ausschuss und die Geberkonferenz

*Peter Haenger*

**Internationale Geldgeber haben angekündigt, für den Wiederaufbau Gazas 5,4 Milliarden Dollar zur Verfügung zu stellen. Der Nationale Ausschuss der palästinensischen BDS-Bewegung mahnt Vorsicht an.**



Die mörderische Militäroffensive der israelischen Armee in Gaza hat mehr als 2000 palästinensischen Menschen das Leben gekostet. 80 000 Häuser und Wohnungen wurden zerstört. Über 100 000 Menschen sind noch immer obdachlos. Die Hälfte der medizinischen Einrichtungen wurde schwer beschädigt. Ebenso viele Schulen sowie ein Fünftel der Industrie und Landwirtschaft sind zerstört. Eine internationale Konferenz mit Teilnehmern aus rund 90 Staaten und der UNO, die im Oktober in Kairo tagte, hat eine Wiederaufbauhilfe in Höhe von 5,4 Milliarden Dollar zugesagt. Die Europäische Union will sich mit 450 Millionen Dollar beteiligen.

Was in westlichen Medien als humanitäre Grosstat gefeiert wird, sieht der nationale Ausschuss der palästinensischen BDS-Bewegung (BNC) indes kritisch. In einer Erklärung vom Oktober 2014 verurteilt der

BNC das von der UNO vermittelte Wiederaufbauprogramm, weil es an der illegalen israelischen Blockade des Gazastreifens nichts ändere und überdies Israel in den Stand eines ökonomischen Profiteurs seiner eigenen Kriegsverbrechen versetze.

Gebergelder seien kein Ersatz für eine internationale Verurteilung Israels, hält der BNC fest. Die Blockade und die wiederholten israelischen Angriffe seien zentrale Bestandteile einer systematischen Politik, die bezwecke, den kleinen Gazastreifen vom Westjordanland zu isolieren und letztlich dessen Bevölkerung durch den Einsatz massiver Gewalt „loszuwerden“.

Der BNC erhebt die Forderung nach einem umfassenden und rechtlich bindenden militärischen Embargo gegen Israel, analog dem Embargo, das in den 1980er-Jahren gegen Apartheid-Südafrika verhängt wurde.

Eine Petition, die ein militärisches Embargo Israels fordert, wurde im Oktober 2014 lanciert und von zahlreichen Glaubensgemeinschaften und Menschenrechtsorganisationen, darunter Amnesty International, American Jews for a Just Peace und Baptist Peace Fellowship of North America, unterschrieben.

Überdies appelliert der BNC an die UNO, das IKRK und internationale NGOs, ihre Zusammenarbeit mit Israel bei der Blockade Gazas zu beenden. Denn das auf Druck der israelischen Regierung zustande gekommene Monitoring-System zur Kontrolle der Einfuhren von Baumaterialien in den Gazastreifen macht die UNO zum willentlichen Komplizen der völkerrechtswidrigen Blockade. Das neue System sieht den Einsatz von UN-Inspektoren zur Überwachung des Imports von Baumaterialien vor. Ausserdem sollen zahllose Videokameras installiert und eine Datenbank mit allen Namen von Lieferanten und Nutzern solcher Baumaterialien geschaffen werden. Israel behält sich ferner das Recht vor, bestimmte Bauvorhaben in Gaza zu stoppen, falls der Verdacht besteht, Zement könnte von der Hamas zum Wiederaufbau ihrer militärischen Infrastruktur genutzt werden.

Insbesondere weist die BNC-Erklärung auf die Tatsache hin, dass israelische Firmen zu Nutzniessern des Zerstörungswerkes ihrer Regierung und Armee werden. Palästinensische Beobachter schätzen, dass 45% der Wiederaufbauhilfe letztlich der israelischen Wirtschaft zugutekommen. Einer der grossen Profiteure ist der israelische Zementproduzent Neshet, der auf dem israelischen und palästinensischen Markt geradezu eine Monopolstellung einnimmt. Die Firma beutet Steinbrüche in den besetzten Gebieten aus und liefert Zement für den Bau illegaler jüdischer Siedlungen in Ostjerusalem und dem Westjordanland.

<http://bdsmovement.net/2014/cairo-donor-conference-palestinian-civil-society-calls-for-public-scrutiny-of-aid-and-zero-complicity-with-israeli-violations-of-international-law-12738>



# Konsumboykott Halbherzige Schritte, Ausflüchte und erste Erfolge

*Birgit Althaler*

**Der Import von Konsumartikeln aus Israel steht seit Jahren in der Kritik der Solidaritätsbewegung. BDS Schweiz hat eine Kampagne zum Boykott von Produkten aus Israel lanciert, Protestaktionen durchgeführt und die beiden Grossverteiler Migros und Coop mit Forderungen konfrontiert. Wo steht der Konsumboykott heute? Und was läuft auf internationaler Ebene?**



*Aktivistinnen von „Boycott Israel“ im Westjordanland*

Vor zwei Jahren sorgte die Migros-Genossenschaft unmittelbar nach einem Gespräch mit BDS Schweiz mit ihrer Ankündigung für Schlagzeilen, Produkte aus den besetzten Gebieten in Zukunft durch entsprechende Etiketten kenntlich machen zu wollen. BDS Schweiz begrüßte diesen Schritt, wies aber darauf hin, dass die beabsichtigte Kennzeichnung nichts am völkerrechtswidrigen Charakter der entsprechenden Produktionsstandorte und der Mitverantwortung der beteiligten Unternehmen ändert. Die Verantwortung für ethisches Handeln wird nur auf das letzte Glied in der Kette, die KäuferInnen, abgeschoben. Zudem sind Zweifel an der korrekten Herkunftsbezeichnung vie-

ler Produkte angebracht. Bekanntlich lehnt die israelische Regierung eine Unterscheidung zwischen besetzten Gebieten und Kernisrael ab und unterstützt SiedlerInnen bei der Verschleierung der Herkunft.

## **Staatliche Verantwortung**

Wie RechtsexpertInnen und Berichte des UN-Menschenrechtsrats betonen, haben Drittstaaten und Unternehmen die Pflicht, alles zu unterlassen, was den illegalen Zustand der israelischen Siedlungstätigkeit und Siedlungsökonomie in den besetzten Gebieten aufrechterhält. Im Sommer 2013 hat die EU eine Richtlinie beschlossen, die israelischen Institutionen, die in Aktivitäten in den

besetzten Gebieten involviert sind, den Zugang zu EU-Mitteln verwehrt. Viele Länder der Europäischen Union warnen Wirtschaftstreibende unterdessen offiziell vor Reputationsfolgen und rechtlichen Konsequenzen von Geschäftsbeziehungen in den besetzten Gebieten. Die dänische Regierung ist einen Schritt weiter gegangen und empfiehlt, bei staatlichen Beschaffungsaufträgen Produkte aus den besetzten Gebieten auszuschliessen. Seit 2013 lehnt die EU zudem den Import von Bioprodukten und seit September 2014 den Import von Geflügel und Milchprodukten aus den besetzten Gebieten ab, da sie die Zuständigkeit des israelischen Landwirtschaftsministeriums für deren Kontrolle nicht mehr anerkennt. In der Schweiz wurde von Regierungsseite bisher nichts Vergleichbares unternommen. Auch in der EU muss die genaue Umsetzung entsprechender Beschlüsse überwacht werden, da nach wie vor in vielen Ländern eine hohe Bereitschaft besteht, Völkerrecht und EU-Verfassung grosszügig auszulegen und intensive Wirtschaftsbeziehungen mit Israel aufrechtzuerhalten, solange das Land die Fassade von Verhandlungsbereitschaft aufrechterhält. Zudem bemüht sich Israel, die Einschränkungen zu umgehen, indem laut israelischen Medien Bioprodukte aus den Siedlungen in Zukunft via palästinensische Zwischenhändler weitervermarktet und von einer Schweizer Firma geprüft werden sollen.

## **Halbherzige Schritte**

In der Schweiz haben die beiden führenden Grossverteiler Migros und Coop die Problematik israelischer Produkte, insbesondere aus den besetzten Gebieten, sehr wohl erkannt, sie reagieren aber mit halbherzigen Schritten. Beide betonen, sie verlangten von ihren Lieferanten Garantien, dass die gelieferten Waren nicht aus den besetzten Gebieten kämen. Ähnliches versichern die Gärtnereien, die für die Supermarktketten Kräuter aus Israel importieren. Zu weiteren Schritten sind Migros und Coop bislang nicht bereit: Sie bieten weiterhin israelische



„Gemeinsam können wir israelischen Waren loswerden“, heisst es auf einem der Poster.

Markenprodukte wie Soda-Stream und Ahava-Kosmetik an, obwohl beide Unternehmen in den besetzten Gebieten operieren. Im Fall von Ahava zeichnet Coop die Herkunft unterdessen mit Mitzpe Shalem, Westjordanland aus – wer sich in der Region auskennt, versteht also, dass es sich um eine völkerrechtswidrige Produktion handelt – , der zum Migros-Konzern gehörende Globus schreibt schlicht Westbank. Der Abbruch der Geschäftsverbindungen zu Zulieferfirmen wie Mehadrin, Hadiklaim und Adafresh, die in ihrem Sortiment sehr wohl Siedlungsgüter vermarkten und im Fall von Mehadrin sogar am Wasserdiebstahl in den besetzten Gebieten beteiligt sind, wird von den Grossverteilern aber abgelehnt. Sie verstecken sich hinter fehlenden Richtlinien seitens der Schweizer Regierung. Die Firmen sind für Coop und Migros zu grosse Partner, als dass sie ihre eigenen ethischen Richtlinien konsequent umsetzen würden. Mehadrin, das in Olten einen Firmensitz unterhält, ist im Übrigen personell eng mit der an der gleichen Adresse angesiedelten Perapa AG verbunden, die u.a. Alima-Supermärkte mit Medjool-Datteln beliefert.

### Nachhaltigkeitsprüfungen

Für importierte Landwirtschaftsprodukte, die in Israel selbst hergestellt werden, scheint eine Prüfung auf Menschenrechtskohärenz, Sozial- und Umweltverträglichkeit ganz zu

fehlen. Bislang ist es für die führenden Schweizer Grossverteiler kein Thema, auf solche Importe zu verzichten, obwohl sich auch darin die ganze Problematik der diskriminierenden Politik Israels im Bezug auf Land und Bevölkerung spiegelt. 80% der landwirtschaftlichen Erzeugnisse stammen aus Kibbutzim oder Moschavim, die auf oft konfisziertem staatlichem Land errichtet wurden und jüdischen BürgerInnen vorbehalten sind. Die in die Schweiz importierten Frühkartoffeln und Erdnüsse kommen aus Produktionen in den Wüstengebieten des Naqab/Negev, die aus strategischen Gründen von Israel hochsubventioniert werden und nur mit intensiver Bewässerung – etwa zur Hälfte mit Trinkwasser – funktionieren. Israel zweigt dazu auch Wasser aus dem Oberlauf des Jordans ab und leitet es, wie die israelische Wasserbehörde schreibt, zur „Ausdehnung der zionistischen Besiedlung in der Wüste“ über den National Water Carrier bis in den nördlichen Negev – mit gravierenden ökologischen Folgen für das Jordantal und das Tote Meer. Die Anbauflächen im Negev grenzen unmittelbar an den Gazastreifen mit seiner katastrophalen Wassersituation: Israel ignoriert dort nicht nur seine Versorgungspflichten, sondern hat wiederholt lebensnotwendige Infrastrukturen zerstört. Durch die Übernutzung sinkt zudem der Grundwasserspiegel und es wird durch Meerwasser verunreinigt, sodass im Gazastreifen nur 5%

des Grundwassers als Trinkwasser nutzbar ist. Problematisch ist auch die israelische Bevölkerungspolitik in dieser Region. Die palästinensischen BewohnerInnen des Negev sind Opfer systematischer Diskriminierung: BeduinInnen werden zwangsumgesiedelt, ihre Ortschaften und landwirtschaftlichen Kulturen werden regelmässig zerstört. Mit ihren Importen von Landwirtschaftsprodukten machen sich die Schweizer Unternehmen mitverantwortlich an diesen Menschenrechtsverletzungen in Israel. Wie die von der UNO herausgegebenen „Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“ betonen, sind Unternehmen in von Konflikten betroffenen Gebieten zu besonderer Sorgfalt verpflichtet, um weder direkt noch indirekt Menschenrechtsverletzung Vorschub zu leisten. Wo ein Unternehmen keinen Einfluss auf die Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen durch seine Handelspartner hat, sollte die Beendigung der Geschäftsbeziehungen erwogen werden.

### Der Boykott greift

Wie israelische Medien berichten, bekommen die Exporteure von landwirtschaftlichen Produkten den Druck der sich ausbreitenden Boykottbewegung immer mehr zu spüren. Die dänischen Läden Magasin und Salling haben beispielsweise Ahava-Produkte aus dem Sortiment genommen. SodaStream, das insbesondere in den USA unter der negativen Publicity leidet, verlor wichtige Investoren und hat angekündigt, seine Produktionsstätte aus den besetzten Gebieten in den Negev zu verlegen. In den skandinavischen Staaten, Frankreich, Grossbritannien, Belgien und Irland wurden aus Angst vor Konsumentenboykotten Lieferverträge mit israelischen Firmen aufgekündigt. Israelische Geschäftsleute warnen vor den Folgen der zunehmenden Isolation und des Boykotts israelischer Waren. Produzenten aus den Siedlungen fordern von der Regierung Entschädigungen für finanzielle Verluste, die für Januar 2014 auf rund 30 Millionen Dollar ge-

schätzt wurden. Und die Regierung hat sich wiederholt mit den betroffenen Ministerien beraten, um Strategien im Umgang mit der wachsenden Boykottbewegung zu diskutieren.

Dennoch bläst der israelischen Landwirtschaft ein schärferer Wind entgegen: Die lange Zeit im Westen getroffene Unterscheidung zwischen Produkten aus Israel und Produkten aus den Siedlungen in den besetzten Gebieten wird insgesamt immer weniger beachtet. Nicht alle Unternehmen, die sich entschlossen, israelische Produkte zunehmend aus dem Segment zu nehmen, kommunizieren dies öffentlich; wirtschaftlich fallen solche Entscheide dennoch ins Gewicht. Zudem nimmt die Boykottbewegung auch in den besetzten Gebieten an Fahrt auf. Für Israel waren die besetzten Gebiete lange ein geschützter Absatzmarkt und die PalästinenserInnen haben oft keine andere Wahl, als auf israelische Waren zurückzugreifen. Dennoch haben palästinensische Jugendliche insbesondere seit dem jüngsten Gazakrieg eine Sensibilisierungskampagne gestartet und Produkte, für die es palästinensische Alternativen gibt, aus den Regalen genommen oder markiert. Auch diese Aktionen beschränken sich nicht mehr auf Siedlungsgüter, sondern auf israelische Erzeugnisse insgesamt.



Chronologische Aufstellung über BDS-Erfolge:

[www.bdsmovement.net/timeline](http://www.bdsmovement.net/timeline)

Schick dein Foto zur Unterstützung des Konsumboykotts

[www.bds-info.ch](http://www.bds-info.ch)

## Buchbesprechung

# Europas Versagen in Nahost

*Peter Haenger*

Es entspricht einem traurigen Ritual, das sich alle zwei bis drei Jahre wiederholt: Israel greift den Gazastreifen an, tötet zahllose Zivilisten und zerstört einen Grossteil der Infrastruktur, darunter Schulen und Krankenhäuser. Kurze Zeit danach wird eine internationale Geberkonferenz einberufen, um Gelder für den Wiederaufbau aufzubringen. Stets vorne mit dabei in diesem bizarren Spiel ist die Europäische Union, die eben erst 450 Millionen Euro Wiederaufbauhilfe zugesagt hat. Hier offenbart sich die freiwillige Ohnmacht der EU, der die belgische Abgeordnete im Europaparlament für den Parti Socialiste, Véronique De Keyser, komplettes Versagen im Nahen Osten vorwirft.

Zusammen mit dem inzwischen verstorbenen Stéphane Hessel hat De Keyser eine Streitschrift vorgelegt, die jetzt in deutscher Übersetzung erschienen ist. De Keyser's Ausführungen befassen sich mit der europäischen Nahostpolitik seit der Wahl von Mahmud Abbas zum Präsidenten der palästinensischen Autonomiebehörde im Jahr 2005. In dieser Zeit hat sich die PLO in ihrem aussichtslosen Kampf um einen immer mehr zerstückelten Staat verschlissen, das palästinensische Volk hat sich gespalten und die palästinensische Autonomiebehörde ihre Glaubwürdigkeit verloren.

Welche Rolle spielt die Europäische Union in diesem Prozess? Nie hat es eine wirkliche Gleichbehandlung von PalästinenserInnen und Israelis durch die EU gegeben. Die planvolle und systematische Annektionspolitik Israels wird von Brüssel mit kraftlosen Appellen an die Einhaltung des Völkerrechts quittiert. Die EU nimmt das Apartheidsystem zwischen Mittelmeer und Jordanfluss hin und reagiert nicht mit Konsequenzen in Form von Sanktionen. Statt

endlich Druck auf Israels Regierung auszuüben, wird stets die Formel von „Israels Sicherheitsinteressen“ bemüht.

Das Ergebnis ist eine „himmelschreiende Asymmetrie“ zwischen Israel und Palästina. Die palästinensische Bevölkerung ist ausgeblutet, hat keine Bewegungsfreiheit und lebt unter einem harten Besatzungsregime. Gleichsam als Sedativum wird ihr von aussen und von der EU ein Staat zu gegebener Zeit versprochen „wie anderen der Himmel“. Allein, kaum jemand in der palästinensischen Bevölkerung glaubt noch an solche Versprechungen.

Die Jugend habe ihr Vertrauen zu Europa längst verloren, so Véronique De Keyser. Sie wisse, dass sich Europa aus historischen Gründen nicht auf eine gemeinsame Linie gegenüber Israel einigen werde und nicht willens sei, wirklichen Druck auf die israelische Regierung auszuüben. Europa wolle nicht begreifen, dass es zwischen Israel und Palästina keineswegs um einen Territorialstreit gehe, sondern darum, dass ein Land ein anderes Land besetze und dessen Volk all seiner Rechte beraube.

Die PalästinenserInnen stecken in einer Sackgasse: keine Wahlen, keine Versöhnung, keine Verhandlungen, kein Ende der Besatzung, keine Zukunftsperspektiven. Die israelischen Siedlungen werden weitergebaut, und Europa übernimmt einen grossen Teil der humanitären Kosten dieses Konflikts. Wann endlich reisst der EU der Geduldsfaden?

**Stéphane Hessel und Véronique De Keyser.**

**Palästina: Das Versagen Europas.**

Aus dem Französischen von Barbara Heber-Schärer und Ulrike Bokelmann. Rotpunktverlag, Zürich 2014, Fr. 25.-

## Impressum

Palästina-Info Herbst 2014, Auflage 2000

Herausgeberin: Palästina-Solidarität Region Basel, Postfach 4020, 4002 Basel

Layout: Georg Iliev

www.palaestina-info.ch

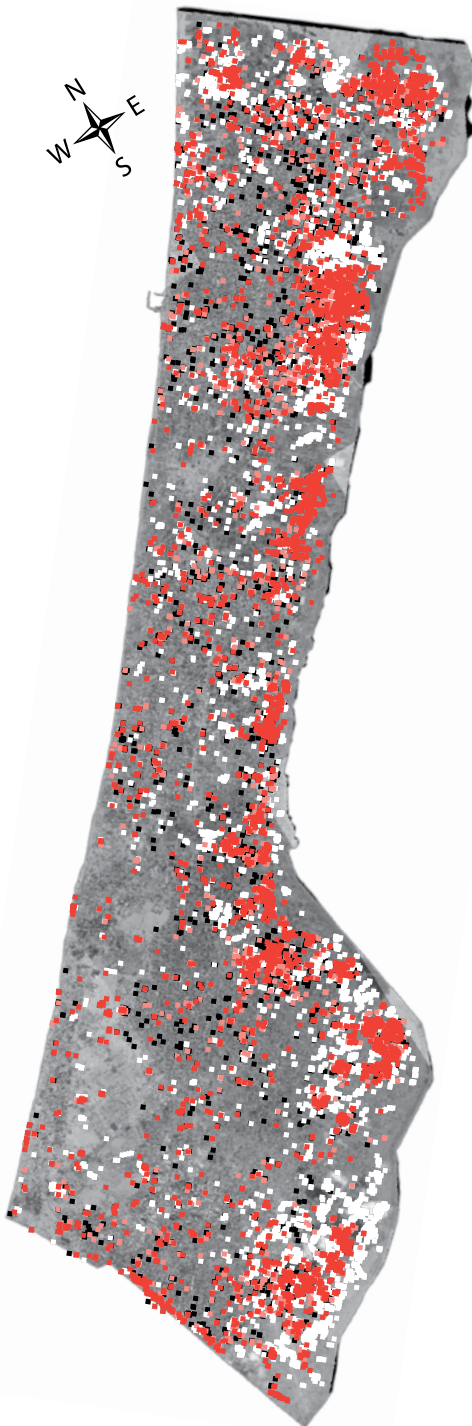
info@palaestina-info.ch

Besten Dank für Ihre Spenden auf PC 40-756856-2

## Keine sichere Zuflucht

Schadensanalyse zum Gazastreifen,  
Satellitenaufnahme, 14.8.2014 (Quelle UnoSat)

- Zerstört
- Leicht beschädigt
- Schwer beschädigt
- Bombeneinschläge



Quelle: [www.ochaopt.org/documents/gaza\\_mira\\_report\\_9september.pdf](http://www.ochaopt.org/documents/gaza_mira_report_9september.pdf)

## Einreisen verweigert

Der Bericht „Families under the Rubble“ (Familien in Trümmerfeldern) von Amnesty International belegt die israelischen Kriegsverbrechen, begangen an palästinensischen Zivilisten und Zivilistinnen in Gaza während der Operation „Protective Edge“. Israelische Behörden verwehrten dem Team von Amnesty den Zugang zum Gazastreifen über den Grenzübergang bei Erez, und zwar von Beginn der Kriegshandlungen an bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Bei Recherchen vor Ort war Amnesty auf zwei Feldarbeiter angewiesen, die Interviews mit Opfern und Augenzeugen führten sowie Fotos von zerstörten Wohngebäuden und zivilen Einrichtungen machten.

Unlängst hat die Regierung Netanyahu auch einer Delegation des UN-Menschenrechtsrats (UNHRC) die Einreise in den Gazastreifen verweigert. Die Delegation hatte den Auftrag, im Namen des UNHCR, Völkerrechtsverletzungen und mögliche Kriegsverbrechen während der Operation „Protective Edge“ an Ort und Stelle zu untersuchen. Selbst dem norwegischen Chirurgen Mads Gilbert, der seit fünfzehn Jahren immer wieder in Gaza arbeitet und während des letzten Krieges viele Opfer behandelt und gerettet hat, ist die Rückkehr nach Gaza von den israelischen Behörden verwehrt worden.

## Schweizer Kulturschaffende gegen Rüstungszusammenarbeit

Über 600 Schweizer Kulturschaffende, darunter Anne Cuneo, Jean-Luc Godard und Alain Tanner, haben sich „zutiefst bestürzt über das von der israelischen Armee verübte Massaker gegen die Zivilbevölkerung von Gaza“ gezeigt. Die Künstlerinnen und Künstler rufen den Bundesrat dazu auf, die israelischen Kriegsverbrechen zu verurteilen, die Aufhebung der illegalen Blockade des Gazastreifens zu fordern sowie jegliche militärische Zusammenarbeit mit Israel auszusetzen. Insbesondere soll der Bundesrat auf den Kauf der militärischen Drohnen aus israelischer Produktion verzichten.



Flyer zur zweitägigen Besetzung des Dachs einer Elbit-Waffenfabrik in England (5.8.2014)

## Keine Belohnung von Kriegsverbrechen

Das BDS National Committee (BNC) hat eine Online-Kampagne unter dem Titel „Don't reward Israel for Gaza Massacre“ lanciert. Damit soll verhindert werden, dass israelische Firmen wie die Neshet, ReadyMix und Hanson Israel von der finanziellen Wiederaufbauhilfe für den Gazastreifen profitieren (vgl. Seite 12). BNC ruft Solidaritätsgruppen weltweit auf, die Kampagne zu unterstützen.

<http://www.bdsmovement.net/dont-reward-israel>

#DontRewardIsrael 4 war crimes

## Holocaust-Überlebende gegen den Krieg

Mehr als 350 jüdische Überlebende der Shoa haben in der New York Times „das Massaker an Palästinensern in Gaza und die unaufhörliche Besiedlung und Kolonisierung des historischen Palästina durch Israel“ „unmissverständlich verurteilt“. Angeprangert haben die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen auch die westlichen Staaten, die mit diplomatischen Mitteln immer wieder eine Verurteilung Israels durch die Weltgemeinschaft verhindern. Sowohl Nachrichtensendungen in Deutschland als auch die israelische Tageszeitung Haaretz berichteten über die Anzeige in der New York Times. Der Journalisten-Plattform Infosperber fiel auf, dass die Anzeige in der Schweizer Presse keine Erwähnung fand.